V0742/25

Pilotprojekt „Kultur-Zwickel„ für Ingolstadt
-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.10.2025-

Antrag:

1. Analog zum geschilderten Modell des „Kultur-Solis“ für die Dauer von drei Jahren in einem Pilotprojekt die Einführung eines „Kultur-Zwickel“ zu testen und auf reguläre Eintrittskarten für Aufführungen am Stadttheater Ingolstadt sowie für Konzerte der Kammerphilharmonie Ingolstadt zwei Euro zusätzlich zu erheben.
2. Die durch den „Kultur-Zwickel“ zusätzlich erzielten Einnahmen seitens des Stadttheaters sowie der Kammerphilharmonie Ingolstadt mit dem Kulturamt abzurechnen und an dieses abzuführen.
3. Das Kulturamt zu beauftragen, für die Mittelverwendung des „Kultur-Zwickels“ einen Vergabevorschlag zu erarbeiten.

Ausschuss für Kultur und Bildung	07.07.2026	Vorberatung
Stadtrat	29.07.2026	Entscheidung

Stadtrat vom 29.07.2026

*Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE **V0360/25,** der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **V0742/25,** die Stellungnahme der Verwaltung **V0409/26** sowie der Änderungsantrag der FW-Stadtratsfraktion **V0497/26** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadträtin Krumwiede erläutert, der Kulturzwickel solle nach dem Vorbild anderer Städte die freie Kulturszene durch einen zweckgebundenen Aufschlag auf Eintrittskarten unterstützen. Sie betont, dass die Einnahmen für die Stadttheatersanierung kaum relevant seien, für bedrohte Kultureinrichtungen jedoch einen wichtigen Beitrag leisten könnten. Es handle sich um ein Pilotprojekt, mit dem kreative Lösungen zum Erhalt der Kulturlandschaft erprobt werden sollten.

Herr Grandmontagne erklärt, der Kulturzwickel sei als Reaktion auf die Kürzung der Projektförderung entstanden und orientiere sich an bereits erprobten Modellen anderer Städte. Er begrüße die Bereitschaft des Stadttheaters, das Modell testweise umzusetzen. Zwar seien die zu erwartenden Einnahmen für bauliche Maßnahmen ungeeignet, könnten aber den Handlungsspielraum von Kultureinrichtungen erweitern. Daher unterstütze er den Vorschlag ausdrücklich.

Stadtrat Stachel erklärt, die Unterstützung der freien Kulturszene sei grundsätzlich nachvollziehbar. Er kritisiert jedoch die verpflichtende Abgabe auf Theaterkarten und verweist auf mögliche Auswirkungen auf Ticketpreise, Besucherzahlen und Einnahmen. Eine freiwillige Abgabe könne er sich vorstellen, eine verpflichtende lehne er ab. Zudem betont er, dass mögliche Mehreinnahmen zur Verringerung des Defizits des Theaterbetriebs und nicht zur Weiterleitung an Dritte verwendet werden sollten.

Stadtrat Diao erklärt, mit der Maßnahme könnten voraussichtlich 50.000 bis 200.000 Euro für die freie Kulturszene generiert werden. Diese Mittel könnten dazu beitragen, Kulturinstitutionen wie die Harderbastei, das Altstadttheater oder „Künstler an die Schulen“ zu erhalten. Er betont, dass damit Institutionen unterstützt werden könnten, deren Erhalt wiederholt als wichtig bezeichnet worden sei.

Stadträtin Hofmann erklärt, grundsätzlich wäre auch aus ihrer Sicht ein freiwilliges Modell wünschenswert. Sie betont jedoch das Vertrauen in die Vorschläge des Kulturreferats und sieht die Maßnahme als einen Baustein, um möglichst viele Kultureinrichtungen in der derzeit schwierigen Situation zu unterstützen und zu erhalten.

Stadträtin Praun erklärt, sie begrüße die Einführung des Kulturzwickels und ist der Auffassung, dass Theaterbesucherinnen und -besucher bereit seien, mit dem Aufschlag einen solidarischen Beitrag zur Unterstützung der freien Kulturszene zu leisten. Die Mittel kämen wichtigen kulturellen Einrichtungen zugute. Zudem betont sie, dass ermäßigte Karten von dem Aufschlag ausgenommen seien, und spricht sich daher für die Vorlage aus.

Stadtrat Schäuble erklärt, er könne das Ziel der Unterstützung der freien Kulturszene sowie eine mögliche Erhöhung der Eintrittspreise nachvollziehen. Er hinterfrage jedoch den Zusammenhang zwischen dem Verkauf von Theaterkarten und der Förderung der freien Kulturszene. Statt einer festen Weiterleitung der Einnahmen spricht er sich dafür aus, die Mittel dem Kulturreferat zur Verfügung zu stellen, damit dort über deren Verwendung entschieden werden könne.

Herr Grandmontagne erklärt, er habe Sympathien für ein freiwilliges Modell, könne jedoch nicht einschätzen, ob dadurch ausreichende Einnahmen erzielt würden. Die Mittel würden voraussichtlich insbesondere Einrichtungen wie dem Altstadttheater und der Kulturbastei zugutekommen. Eine erneute Erhöhung der Theaterpreise halte er derzeit wegen der Umzugssituation und bestehender Unsicherheiten beim Theater für den falschen Zeitpunkt. Der Kulturzwickel sei als Pilotprojekt an der größten Kartenverkaufsstelle gedacht und könne bei Erfolg ausgeweitet werden. Er sehe daher Vorteile in einer verpflichtenden Regelung. Herr Grandmontagne erläutert, ein ursprünglich angedachtes Kulturspendenkonto sei aus steuerrechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Spenden würden jedoch bereits über Freundeskreise und Spendenaktionen gesammelt. Zudem arbeite die Stadt an weiteren Maßnahmen zur Förderung einer Spenden- und Stiftungskultur. Geplant sei auch eine Informationsseite, über die sich Interessierte über Unterstützungsmöglichkeiten informieren und spenden könnten.

Stadtrat Reichart erklärt, es seien noch Fragen offen, weshalb der Antrag für ihn eher den Charakter eines Prüfauftrags habe. Er merkt an, dass in der Vorlage bestimmte Einrichtungen wie das Altstadttheater oder die Harderbastei nicht genannt würden. Zudem kritisiert er, dass Soloselbstständige im Kulturbereich in der Diskussion bislang nicht berücksichtigt würden, obwohl diese oft besonders auf Unterstützung angewiesen seien. Er betont, dass die Förderung nicht nur einzelnen Institutionen zugutekommen sollte.

Stadtrat Dr. Schickel erklärt, man solle sowohl der Solidarität der Bürgerschaft als auch dem Kulturreferat einen Vertrauensvorschuss geben. Er sieht darin ein wichtiges Signal für die Stadtgesellschaft und betont, dass dadurch das Bewusstsein füreinander gestärkt werden könne.

Stadträtin Dr. Deneke-Stoll erklärt, man müsse die Menschen dazu motivieren, sich auch finanziell zu engagieren. Sie spricht sich dafür aus, dem Kulturreferat Vertrauen bei der Ausarbeitung des Kulturzwickels zu geben. Zugleich merkt sie an, dass die Regelung für Abonnentinnen und Abonnenten aus ihrer Sicht noch überdacht werden sollte und ein höherer Beitrag denkbar wäre, um zusätzliche Mittel zu generieren.

Stadtrat Hofmann fragt, warum nicht zunächst für eine halbe bis ganze Spielzeit ein freiwilliges Modell erprobt werde, um Erfahrungen zu sammeln. Erst danach könne geprüft werden, ob eine verpflichtende Einführung des Kulturzwickels sinnvoll sei.

Herr Grandmontagne erklärt, ein freiwilliges Modell für eine Spielzeit sei grundsätzlich vorstellbar, um Erfahrungen mit dem Kulturzwickel zu sammeln. Die Mittel würden nach Bedarf und transparent vergeben. Er betont, dass auch Soloselbstständige von der Kulturförderung profitierten, direkt oder über geförderte Einrichtungen. Zudem schlägt er vor, den Beitrag bei Abonnements mit 2 Euro pro Vorstellung zu berechnen.

Stadträtin Krumwiede erklärt, eine freiwillige Regelung würde zusätzlichen Verwaltungs- und Organisationsaufwand verursachen. Sie geht davon aus, dass Besucherinnen und Besucher regulärer Theaterveranstaltungen bereit seien, mit einem Aufschlag von 2 Euro die freie Kulturszene solidarisch zu unterstützen. Zudem betont sie, dass die Verteilung der Mittel Aufgabe der Verwaltung sei und die Kulturförderung sowohl Soloselbstständigen als auch Vereinen und kulturellen Einrichtungen zugutekomme.

Stadtrat Diao erklärt, Soloselbstständige in der Kulturszene seien bei vielen Förderanträgen auf die Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen angewiesen. Würden diese Institutionen wegfallen, könnten auch viele Soloselbstständige entsprechende Fördermöglichkeiten nicht mehr nutzen.

Stadtrat Stachel erklärt, wenn bei den Theaterbesucherinnen und -besuchern die Bereitschaft zur Unterstützung der Kulturszene vorhanden sei, sollte ein freiwilliges Modell genutzt werden. Dadurch könnten möglicherweise sogar höhere Beiträge erzielt werden. Den zusätzlichen Verwaltungsaufwand hält er für beherrschbar. Zudem bittet er um Informationen zur Zahl der betroffenen Eintrittskarten, um die erwarteten Einnahmen besser einschätzen zu können. Eine Zweckbindung der Mittel sieht er kritisch, da dies die Flexibilität bei der Verwendung einschränke. Seine Fraktion unterstütze eine freiwillige, nicht jedoch eine verpflichtende Abgabe.

Herr Grandmontagne erläutert, die Zweckbindung beziehe sich auf die Kulturfördermittel insgesamt und nicht auf einzelne Einrichtungen. Über die konkrete Verteilung der Mittel würde weiterhin das Kulturreferat entscheiden. Er könne sich einen Kompromiss vorstellen, den Kulturzwickel zunächst für eine Spielzeit auf freiwilliger Basis zu erproben, ein geeignetes Verfahren dafür zu entwickeln und anschließend die Ergebnisse auszuwerten.

Stadtrat Witty erklärt, die Diskussion werde sachlich geführt und viele der vorgebrachten Argumente seien nachvollziehbar. Er betont, dass nicht das Rad neu erfunden werden müsse, und fragt, ob aus Städten mit einem vergleichbaren Modell bereits Erfahrungen zu Fragen der Freiwilligkeit, Verpflichtung und praktischen Abwicklung vorlägen. Solche Erfahrungen könnten bei der Entscheidungsfindung hilfreich sein.

Stadtrat Diao erklärt, aus den Erfahrungen anderer Städte lasse sich schließen, dass der Kulturzwickel weitgehend verpflichtend ausgestaltet sein müsse, da sonst die genannten Einnahmen kaum erreichbar wären. Daher spreche er sich für eine verpflichtende Regelung aus.

Stadträtin Leininger erklärt, eine freiwillige Lösung sehe sie kritisch. Denkbar wäre aus ihrer Sicht höchstens eine Widerspruchslösung, bei der der Aufschlag grundsätzlich erhoben werde und aktiv abgewählt werden müsse. Zudem weist sie darauf hin, dass bei Abonnements unterschiedliche Preisniveaus berücksichtigt werden müssten. Abschließend betont sie, dass mit dem Modell in Freiburg bereits erhebliche Einnahmen erzielt würden, und appelliert, die Maßnahme umzusetzen.

Stadträtin Hofmann erklärt, Ingolstadt befinde sich mit dem Umzug ins Holztheater in einer besonderen Situation. Sie spricht sich dafür aus, den Kulturzwickel zunächst freiwillig einzuführen, die Ergebnisse nach einer gewissen Zeit auszuwerten und über die erzielten Einnahmen sowie deren Verwendung zu berichten. Falls das Modell nicht den gewünschten Erfolg bringe, könne später noch über eine verpflichtende Regelung entschieden werden. Eine Widerspruchslösung lehnt sie ab.

Stadtrat Lipp erklärt, die Diskussion wirke auf ihn wie ein großes Bürokratiemonster. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen. Aus seiner Sicht wäre es unbürokratischer, den Ticketpreis pauschal um 2 Euro zu erhöhen.

Oberbürgermeister Dr. Kern erklärt, es stehe nun die Frage einer freiwilligen oder verpflichtenden Regelung im Raum und fragt an, ob die freiwillige Variante mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden sei oder technisch einfach umgesetzt werden könne.

Herr Fleckinger erklärt, der Stadtrat wolle die freie Kulturszene fördern, habe jedoch in mehreren Konsolidierungspaketen Kulturmittel gekürzt. Er schlägt vor, diese Entscheidungen zurückzunehmen und die Mittel wieder direkt und transparent über die Kulturbudgets zu vergeben. Dies sei aus seiner Sicht einfacher und nachvollziehbarer als ein Kulturzwickel mit freiwilligen oder verpflichtenden Aufschlägen auf Theaterkarten. Zudem würde dies Verwaltung und Kulturschaffenden aufwendige Diskussionen ersparen.

Stadträtin Peters erklärt, der Vorschlag von Herrn Fleckinger bringe neue Aspekte in die Diskussion und erscheine ihr einfach sowie nachvollziehbar. Grundsätzlich bevorzuge sie eine freiwillige Lösung, da Bürgerinnen und Bürger nicht zu solchen Beiträgen verpflichtet werden sollten. Sie betont, dass Unterstützung aus Überzeugung erfolgen müsse, und äußert die Sorge, eine verpflichtende Regelung könne Ablehnung hervorrufen. Dem Vorschlag von Herrn Fleckinger könne sie sich daher anschließen.

Oberbürgermeister Dr. Kern bittet den Kulturreferenten um eine Einschätzung, welche Regelung aus seiner Sicht umgesetzt werden sollte.

Herr Grandmontagne erklärt, er würde den Vorschlag des Kämmerers übernehmen.

Stadtrat Stachel erklärt, eine Rücknahme früherer Beschlüsse könne er nicht unterstützen, solange die konkreten Beträge nicht bekannt seien. Er betont, dass zunächst geklärt werden müsse, um welche Summen es gehe, bevor neue Zusagen gemacht würden. Es widerstrebe ihm, beschlossene Kürzungen pauschal wieder rückgängig zu machen.

Stadträtin Dr. Deneke-Stoll erklärt, eine Rücknahme der bisherigen Beschlüsse könne nicht einfach erfolgen, ohne die Folgen genauer zu prüfen. Hinsichtlich des Kulturzwickels spricht sie sich nach der Diskussion für eine freiwillige Lösung aus. Angesichts weiterer beschlossener und möglicher Gebührenerhöhungen sei es wichtig, die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten. Sie gehe davon aus, dass viele bereit seien, freiwillig einen Beitrag zur Unterstützung der Kulturszene zu leisten.

Stadträtin Krumwiede erklärt, den Vorschlag von Herrn Fleckinger halte sie für besser als den ursprünglich eingebrachten Kulturzwickel. Sie äußert die Ansicht, dass der Kulturreferent die hierfür erforderliche Höhe der Mittel benennen könne und eine entsprechende Entscheidung bereits in der aktuellen Sitzung möglich wäre.

Stadtrat Witty beantragt zur Geschäftsordnung, das Thema in einen weiteren Sitzungslauf zu geben, da die Diskussion eine völlig neue Wendung genommen habe.

Oberbürgermeister Dr. Kern fragt an, ob aktuell im Hinblick auf die Spielzeiteröffnung eine Zeit sei, in der viele Karten verkauft würden. Er gibt zu bedenken, dass die

Vertriebsaktivitäten für die neue Spielzeit bereits starteten und deshalb möglicherweise zeitnah eine Entscheidung getroffen werden sollte.

Stadträtin Hofmann fragt, die Kürzung der Fördermittel sei erfolgt, weil es sich um freiwillige Leistungen handle. Vor diesem Hintergrund möchte sie wissen, ob eine Rückkehr zu den früheren Förderungen überhaupt zulässig sei. Sie verweist darauf, dass Ausgaben gegenüber der Regierung von Oberbayern gerechtfertigt werden müssten, und fragt konkret nach, ob die Leistungen dann doch nicht als freiwillige Leistungen einzustufen seien und ob eine solche Rücknahme der Kürzungen überhaupt möglich wäre.

Herr Fleckinger erklärt, der Stadtrat wolle die Kulturszene weiterhin fördern und sei grundsätzlich bereit, dafür Mittel bereitzustellen. Aus seiner Sicht mache es keinen wesentlichen Unterschied, ob dies über einen Kulturzwickel oder über eine teilweise Rücknahme früherer Kürzungen erfolge. Er spricht sich für eine möglichst einfache und transparente Lösung aus, bei der die Theaterpreise erhöht und die zusätzlichen Einnahmen im Haushalt verwendet werden, während zugleich Mittel für die freie Kulturszene bereitgestellt werden. Die Förderung solle dabei bedarfsorientiert erfolgen und bestehende Strukturen erhalten. Zudem schlägt er vor, die Anpassungen zur neuen Spielzeit umzusetzen.

Bürgermeister Wöhrl erklärt, man solle zunächst bei einer freiwilligen Lösung bleiben. Er verweist darauf, dass der Kulturreferent eine allgemeine Preiserhöhung während der Umzugsphase des Theaters nicht empfehle. Wichtig sei eine gute Bewerbung des Modells, damit die Menschen den Zweck der zusätzlichen Beiträge verstünden. Die Mittel könnten unbürokratisch verwendet und anhand der bisherigen Kürzungen verteilt werden. Dies solle zunächst erprobt werden; falls sich die freiwillige Lösung nicht bewähre, könne später über andere Modelle oder eine Gebührenerhöhung nachgedacht werden.

Stadtrat Schäuble schlägt vor, noch in der aktuellen Sitzung über die Grundsatzfrage einer freiwilligen oder verpflichtenden Regelung abzustimmen. Die Verwaltung solle anschließend eine Vorlage zur konkreten Mittelverwendung erarbeiten, über die im nächsten Stadtrat beraten und beschlossen werden könne. Dadurch könne das Modell bereits auf den Tickets berücksichtigt werden, während die Ausgestaltung später festgelegt werde.

Herr Grandmontagne erklärt, er begrüße die engagierte Diskussion und die Suche nach einer Lösung zur Unterstützung der Kulturszene. Nach Rücksprache mit der Verwaltung sei der Kulturzwickel mit keinem großen Verwaltungsaufwand verbunden, da die Beträge getrennt verbucht werden könnten. Auch die Kommunikation gegenüber dem Publikum sei aus seiner Sicht gut umsetzbar. Er spricht sich dafür aus, über die Frage freiwillig oder verpflichtend abzustimmen, die Ergebnisse transparent darzustellen und die weitere Entwicklung anschließend gemeinsam zu bewerten.

Stadtrat Schäuble schlägt vor, heute eine Grundsatzentscheidung für eine freiwillige Lösung zu treffen. Die Verwaltung solle anschließend einen abgestimmten Vorschlag zur Verwendung der Mittel erarbeiten und dem Stadtrat in der nächsten Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Dadurch könne die weitere Umsetzung geordnet erfolgen.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über die Ziffer 1 des Antrags der Verwaltung **(V0409/26):**

Der „Kulturzwickel“ wird **verpflichtend** eingeführt:
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (mit 10 Stimmen dafür).

Der „Kulturzwickel“ wird **freiwillig** eingeführt:
Mit Mehrheit der Stimmen beschlossen.

Abstimmung über die Ziffer 2 des Antrags der Verwaltung **(V0409/26):**

Mit allen Stimmen:
Entsprechend dem Antrag genehmigt.